

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 19 | 15. bis 28. Oktober 2018

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das Jahr 2019

Die EU-Kommission hat am 23. Oktober 2018 ihr Arbeitsprogramm für 2019 vorgestellt. Dieses besteht im Wesentlichen aus einer Auflistung von prioritären Maßnahmen, die sich gegenwärtig im Gesetzgebungsprozess befinden. Neue Gesetzesinitiativen werden lediglich zu Fragen des Austritts von Großbritannien aus der EU („Brexit“) angekündigt.

Die EU-Kommission wird einen Aktionsplan gegen Desinformation vorlegen und eine Empfehlung zur Einrichtung einer europäischen elektronischen Patientenakte einbringen. Zudem sollen die noch bestehenden Hindernisse für den Binnenmarkt bewertet und entsprechende Lösungsvorschläge erarbeitet sowie eine Strategie für Chemikalien mit endokriner Wirkung vorgelegt werden. Zur Vollendung der Energieunion und zur Bekämpfung des Klimawandels wird die Kommission eine Strategie für die langfristige Reduzierung von Treibhausgasemissionen vorlegen und über den Stand der Energieunion und den Aktionsplan für Batterien berichten.

Die EU-Kommission wird außerdem einige geltende Gesetze überprüfen („Refit“). Hierzu gehören die Richtlinien über Verbraucherkredite und über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher.

Die EU-Kommission dringt vor allem auf eine rasche Einigung über bereits vorgelegte Legislativvorschläge. Hierzu gehören:

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

- Bereich Binnenmarkt und Verbraucherschutz: die Verbraucherrechte-richtlinie, die Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher, die Richtlinie zur Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen, das Warenpaket (Verordnungen zur Durchsetzung von Produktharmonisierung und zur gegenseitigen Anerkennung der in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig vermarkteten Erzeugnisse) und die Richtlinie zum Fernabsatz von Waren.
- Bereich Medien und Informationsgesellschaft: die Richtlinien zu digitalen Inhalten, die Richtlinie zum Zugang zu Informationen des öffentlichen Sektors, die Richtlinie zum Datenschutz bei elektronischer Kommunikation ("ePrivacy"), der Rechtsakt zur Cybersicherheit, die Richtlinie über Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt, sowie die Verordnung über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen ("CabSat-Verordnung"),
- Bereich Umwelt und Energie: die Verordnung über die Reduzierung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen, das Paket zu sauberer Energie und die Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie.
- Bereich Finanzdienstleistungen: das Paket zu nachhaltiger Finanzierung, die Richtlinie über grenzüberschreitende Investmentfonds, das Bankenreformpaket einschließlich einer gesamteuropäischen Einlagensicherung, die Richtlinie über gedeckte Schuldverschreibungen, die Richtlinie über Schwarmfinanzierung (Crowd Funding); die Verordnung über ein paneuropäisches Altersvorsorgeprodukt und die Verordnung über staatsanleihebesicherte Wertpapiere.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181023-eu-kommission-arbeitsprogramm-2019_de

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-6149_de.htm

https://ec.europa.eu/info/publications/2019-commission-work-programme-key-documents_en

2. Bilanz über Fortschritte beim Abbau von Hindernissen für Online-Handel

Kommissionsvizepräsident Ansip und die Kommissare Bieńkowska, Jourová und Gabriel trafen am 23. Oktober 2018 in Straßburg mit Mitgliedern des EU-Parlaments zusammen, um die Fortschritte beim Abbau der Hindernisse für den elektronischen Geschäftsverkehr in der EU zu bewerten. Vizepräsident Ansip

sagte: „Zusammen mit dem Ende der Roaming-Gebühren, der Modernisierung der Datenschutzbestimmungen und der Möglichkeit für die Bürger, mit ihren Online-Inhalten zu reisen, wird der digitale Binnenmarkt für alle Wirklichkeit und schafft neue, digitale Rechte. Zu diesem Zweck müssen auch die neuen Regeln zum Ende des ungerechtfertigten Geoblockings vom ersten Tag an korrekt angewendet werden“, so Vizepräsident Ansip. „Aus diesem Grund haben wir praktische Leitlinien herausgegeben, die Online-Verkäufern helfen sollen, sich an die neuen Regeln anzupassen, bevor sie vollständig gelten“.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181023-bilanz-fortschritte-online-handel_de

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. EU-Parlament stimmt über Wegwerfplastikprodukte ab

Das EU-Parlament legte am 24. Oktober 2018 seinen Standpunkt zu dem Vorschlag für eine Richtlinie über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt fest. Die Europaabgeordneten billigten den Vorschlag der EU-Kommission für ein Verkaufsverbot von Einweg-Kunststoffartikeln wie etwa Teller, Besteck, Strohhalme, Haltestäbe für Luftballons oder Wattestäbchen aus Plastik ab 2021. Die Europaabgeordneten haben zusätzlich zum Kommissionsvorschlag Produkte aus oxo-abbaubaren Materialien wie Beutel oder Verpackungen und Fast-Food-Behälter aus expandiertem Polystyrol in die Liste der verbotenen Produkte aufgenommen. Oxo-abbaubare Kunststoffe sind Kunststoffe, die nach ihrer Nutzung schnell in kaum wahrnehmbare Teile fragmentieren, aber nicht von Mikroorganismen zersetzt werden können.

Der Verbrauch mehrerer anderer Artikel, für die es keine Alternative gibt, muss nach dem Standpunkt des EU-Parlaments von den Mitgliedstaaten bis 2025 um mindestens 25 Prozent verringert werden. Dazu gehören Einweg-Burgerboxen, Sandwichboxen oder Lebensmittelbehälter für Obst, Gemüse, Desserts oder Eis. Die Mitgliedstaaten sollten die Verwendung von Produkten fördern, die für Mehrfachnutzung geeignet sind. Bis 2025 müssen 90 Prozent aller anderen Plastikartikel wie Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff getrennt gesammelt und recycelt werden. Der Gesetzesentwurf sieht auch Reduzierungsmaßnahmen für Abfälle aus Tabakprodukten vor, insbesondere für kunststoffhaltige Zigarettenfilter. Sie sollen bis 2025 um 50 Prozent und bis 2030 um 80 Prozent reduziert werden.

Das EU-Parlament wird Verhandlungen über die endgültige Fassung des Gesetzes mit dem EU-Ministerrat aufnehmen, sobald die EU-Minister ihren eigenen Standpunkt zu diesem Thema festgelegt haben.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181018IPR16524/wegwerfprodukte-aus-plastik-parlament-stimmt-fur-verbot-ab-2021>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0411+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. EU-Kommission startet öffentliche Konsultation zum Thema vernetzte und automatisierte Mobilität

Die EU-Kommission bittet in einer öffentlichen Konsultation um Meinungen zu den wichtigsten Anforderungen an die vernetzte und automatisierte Mobilität. Ausgehend von drei Kernbereichen – Daten, Cybersicherheit und die Nutzung von kommerziellen 5G-Frequenzbändern – möchte die EU-Kommission von der allgemeinen Öffentlichkeit und betroffenen Interessenträgern erfahren, wo die größten Herausforderungen beim Einsatz vernetzter und automatisierter Autos heute liegen. Angesprochen sind auch Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Konsultation läuft bis zum 5. Dezember 2018.

Pkw und andere Fahrzeuge seien zunehmend mit Sensoren, Fahrerassistenzsystemen, Internetanbindung usw. ausgestattet und würden dadurch zunehmend vernetzt, intelligent und autonom. Diese Autos tauschen Informationen mit anderen ähnlichen Fahrzeugen, der Straßeninfrastruktur oder entfernten Datenbanken mit dem Ziel aus, neue Mobilitätsdienste bereitzustellen. Völlig autonome Fahrzeuge würden bald Wirklichkeit. Die Konsultation untersucht in diesem Zusammenhang Bedrohungen für die Cybersicherheit und Vertrauensprobleme, Aspekte der Datenverwaltung sowie Bedürfnisse des Schutzes der Privatsphäre und des Datenschutzes und die verschiedenen Aspekte des Technologiebedarfs. Ziel sei es, Akzeptanz und Vertrauen in zukünftige autonome Mobilitätsmodelle zu schaffen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181025-konsultation-zum-thema-vernetzte-und-automatisierte-mobilitaet_de

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/OPCCAMSurvey2018>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

Europäische Zentralbank bestätigt Kurs auf mögliche Zinswende

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 25. Oktober 2018 den Leitzins bei null belassen. Banken erhalten weiterhin Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen anzukurbeln, werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins von 0,40 Prozent belegt. Die EZB-Leitzinsen sollen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen

Niveau bleiben, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 Prozent auf mittlere Sicht sicherzustellen.

Die EZB setzt auch bis Jahresende 2018 den Erwerb von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren in Höhe von 15 Milliarden Euro monatlich fort. Fällig werdende Anleihen werden erneut „für längere Zeit“ wiederangelegt. Durch das Ankaufsprogramm und die Wiederanlage fälliger Anleihen werden die Zinsen für langlaufende Anleihen gedrückt.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2018/html/ecb.mp181025.de.html>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Parlament stimmt über sauberes Trinkwasser ab

Das EU-Parlament legte am 23. Oktober 2018 seinen Standpunkt zur Änderung der EU-Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch fest. Dieser Standpunkt verschärft die Höchstwerte für bestimmte Schadstoffe wie Blei (um die Hälfte gesenkt) und für schädliche Bakterien und setzt neue Grenzwerte für bestimmte hormonwirksame Stoffe (endokrine Disruptoren) fest. Er sieht zudem eine Überwachung des Gehalts an Mikroplastik vor. Die Mitgliedstaaten sollen den Zugang zu sauberem Wasser fördern, und zwar durch die Einrichtung von frei zugänglichen Trinkbrunnen, soweit dies technisch möglich und verhältnismäßig ist. Die Abgeordneten plädieren auch dafür, dass Leitungswasser kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr in Restaurants, Kantinen und bei Catering-Dienstleistungen bereitgestellt wird. Sobald der EU-Ministerrat sich auf einen gemeinsamen Standpunkt geeinigt hat, können die Verhandlungen mit dem EU-Parlament beginnen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181018IPR16523/neue-regeln-fur-besseres-trinkwasser-und-zur-verringerung-von-plastikmull>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0397+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. EU-Parlament stimmt über Antibiotikaeinsatz für Tiere ab

Das EU-Parlament billigte am 25. Oktober 2018 die mit dem EU-Ministerrat erzielte vorläufige Einigung über eine Verordnung über Tierarzneimittel. Der EU-Ministerrat muss noch förmlich zustimmen. Dank der durch die Verordnung vorgesehenen Begrenzung des Einsatzes von Antibiotika in landwirtschaftlichen Betrieben sollen weniger resistente Keime im Essen landen. Tierarzneimittel dürfen unter keinen Umständen dazu dienen, die Leistungsfähigkeit der Zuchtbetriebe zu erhöhen oder zum Ausgleich für schlechte Bedingungen in der Tier-

zucht eingesetzt werden, so das neue Gesetz. Wie von den Abgeordneten vorgeschlagen, schreibt der Text auch vor, dass importierte Lebensmittel den EU-Normen entsprechen müssen und dass Antibiotika nicht zur Förderung des Wachstums von Tieren verwendet werden dürfen. Zur verbesserten Bekämpfung der Antibiotikaresistenz würde das Gesetz die EU-Kommission ermächtigen, bestimmte Antibiotika für den Einsatz bei Menschen zu reservieren.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181018IPR16526/bekämpfung-der-ausbreitung-der-antibiotikaresistenz-von-tieren-auf-menschen>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0421+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. EU-Kommission hinterfragt Mängel bei Versorgung mit Arzneimitteln für seltene Krankheiten und für Kinder

Die EU-Kommission startete am 12. Oktober 2018 eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der europäischen Gesetzgebung über Arzneimittel für seltene Krankheiten und über Arzneimittel zur Behandlung von Krankheiten von Kindern. Eine erste Einschätzung der EU-Kommission ergab, dass trotz der gegebenen Anreize die therapeutischen Ergebnisse bisher unzureichend waren. Die EU-Kommission holt daher Stellungnahmen von allen Beteiligten und allen Interessierten ein. Dazu gehören neben den Verantwortlichen im Gesundheitswesen und in der pharmazeutischen Industrie auch Patienten, Pflegepersonal und Nichtregierungsorganisationen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2017-6059807_de

4. Eierlikör darf keine Milch enthalten

Der Europäische Gerichtshof entschied am 25. Oktober 2018, dass nach der EU-Spirituosenverordnung eine Spirituose nur dann die Verkehrsbezeichnung „Eierlikör“ führen darf, wenn sie keine anderen als die in dieser Bestimmung genannten Bestandteile enthält. Im Ausgangsfall vor dem Landgericht Hamburg rügt die Klägerin, dass eine Konkurrentin Produkte unter der Bezeichnung Eierlikör verkaufe, obwohl darin Milch enthalten sei; dies verstoße gegen die EU-Spirituosen-Verordnung, in der Milch nicht als Bestandteil von Eierlikör genannt werde. Der Gerichtshof gab der Klägerin recht.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=544D2AF326E5E34BB01797699B600744?text=&docid=207006&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=878344>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Internet-Plattformen präsentieren Pläne zur Bekämpfung von Desinformationen

Facebook, Twitter, Google und Mozilla haben am 16. Oktober 2018 der EU-Kommission ihre Pläne vorgelegt, wie sie konkret Desinformation im Internet bekämpfen werden. Dazu gehören beispielsweise Instrumente zur Verbesserung der Transparenz der politischen Werbung und die Zusammenarbeit mit Faktenprüfern.

https://ec.europa.eu/germany/news/desinformationen20181016_de

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/online-platforms-advertisers-and-advertising-industry-present-commissioner-mariya-gabriel>

2. Inhaber von Internetanschluss haftet für Urheberrechtsverletzungen durch Familienmitglieder

Der Europäische Gerichtshof entschied am 18. Oktober 2018, dass sich der Inhaber eines Internetanschlusses nicht durch bloße Benennung eines Familienmitglieds von der Haftung für illegales Filesharing befreien kann. Eine Haftung entfiel nur bei Mitteilung über Zeitpunkt und Art der Nutzung des Anschlusses durch dieses Familienmitglied.

Im Ausgangsfall hatte das deutsche Verlagshaus Bastei Lübbe vor dem Landgericht München I von Herrn Michael Strotzer Schadensersatz verlangt, weil über seinen Internetanschluss ein Hörbuch durch ein Filesharing Programm zum Download zugänglich gemacht wurde. Dieser machte geltend, dass seine Eltern ebenfalls Zugang zu dem Anschluss hätten. Das Landgericht versteht ein neueres Urteil des Bundesgerichtshofs dahin, dass bei dieser Sachlage eine Schadensersatzhaftung des Anschlussinhabers ausscheide, da auch Dritte als Täter in Betracht kämen. Nach Einschätzung des Landgerichts dürfte aber auch eine Klage des Verlags gegen die Eltern kaum Aussicht auf Erfolg haben. Von diesen sei lediglich bekannt, dass sie generell Zugriff auf den fraglichen Anschluss gehabt hätten. Diese Folge ist nach dem Europäischen Gerichtshof nicht hinzunehmen, da sie ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Urheberrecht wäre.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-10/cp180158de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=206891&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1260499>

3. EU-Parlament fordert nach Datenklau umfassende Überprüfung von Facebook

Die Europaabgeordneten verabschiedeten am 25. Oktober 2018 eine Entschließung, in der Facebook aufgefordert wird, den zuständigen Stellen der Europäischen Union eine umfassende Untersuchung des Datenschutzes und der Regeln zur Sicherheit von personenbezogenen Nutzerdaten zu ermöglichen. Auslöser war der Skandal um Cambridge Analytica. Die Firma hatte Daten von 87 Millionen Facebook-Nutzern missbraucht. Die Abgeordneten sagen, dass Facebook nicht nur das Vertrauen der EU-Bürgerinnen und Bürger verletzt, „sondern auch gegen EU-Recht verstoßen“ hat. Sie empfehlen Facebook, Änderungen an seiner Plattform vorzunehmen, um den EU-Datenschutzbestimmungen zu entsprechen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181018IPR16525/facebook-datenklau-privatsphäre-von-usern-besser-schützen>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0433+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

4. Klingelschilder sind kein Fall für die EU-Datenschutzverordnung

Die EU-Kommission hat am 18. Oktober 2018 klargestellt, dass die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) Namen auf Türschildern oder Briefkästen nicht regelt und auch nicht deren Entfernung verlangt. „Diesbezügliche Behauptungen in mehreren Medienberichten in Deutschland und Österreich sind schlicht und einfach falsch“, so die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland. Die EU-Kommission empfehle, sich bei Zweifeln zur Umsetzung der neuen Datenschutzregeln an die jeweils zuständige nationale Datenschutzbehörde zu wenden. Sie sei bereit, Ratschläge zu geben um Fehlinterpretationen der Regeln zu vermeiden

https://ec.europa.eu/germany/news/klingelschilder20181019_de

<https://www.bfdi.bund.de/DE/Home/Kurzmeldungen/Klingelschilder.html>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Verbraucher profitieren von europäischem Wettbewerbsrecht im Agrarsektor

Die EU-Kommission hat am 26. Oktober 2018 ihren ersten Bericht über die Anwendung der Wettbewerbsregeln im Agrarsektor veröffentlicht. Die europäi-

schen Wettbewerbsbehörden hätten bislang 178 Untersuchungen im Agrarsektor durchgeführt. Der Bericht bezieht sich auf den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis Mitte 2017, was die Abweichungen von den Wettbewerbsregelungen der Markt-Verordnung betrifft, und auf den Zeitraum vom 1. Januar 2012 bis Mitte 2017 hinsichtlich der Darstellung der kartellrechtlichen Untersuchungen.

Mehr als ein Drittel der Untersuchungen betraf Verarbeiter von Agrarerzeugnissen. Bei fast der Hälfte aller durch die Untersuchungen aufgedeckten Wettbewerbsverstöße ging es um Preisabsprachen. Diese Absprachen fanden zumeist entweder zwischen konkurrierenden Verarbeitern statt, um den Großhandelspreis (z. B. für Zucker und Mehl) festzusetzen, oder sie wurden zwischen Verarbeitern und Einzelhändlern getroffen, um den Einzelhandelspreis (z. B. für Milcherzeugnisse, Fleisch oder Sonnenblumenöl) festzulegen. Weitere Verstöße betrafen Vereinbarungen zu Produktionsmengen, zum Austausch von Informationen und zur Marktaufteilung.

Eine der wichtigsten Feststellungen des Berichts ist, dass einige Mitgliedstaaten gelegentlich versucht haben, die Einfuhren bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus anderen Mitgliedstaaten zu beschränken. So haben mehrere europäische Wettbewerbsbehörden eine Reihe von Kollektivvereinbarungen untersucht und beendet, in denen etwa Landwirte in einem bestimmten Mitgliedstaat versucht hatten, den Verkauf durch Landwirte aus anderen Mitgliedstaaten zu verhindern. Diese Maßnahmen der Wettbewerbsbehörden seien den Verbrauchern in den Mitgliedstaaten zugutegekommen, in denen die Einfuhren hätten beschränkt werden können.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6182_de.htm

http://ec.europa.eu/competition/sectors/agriculture/report_on_competition_rules_application.pdf

2. Verbrauchervertrauen in Europa stabil

Der von der EU-Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens stieg im Oktober 2018 gegenüber dem Vormonat im Euroraum um 0,2 Punkte auf -2,7 Punkte und in der Europäischen Union um 0,1 Punkte auf ebenfalls -2,7 Punkte. Der Index liegt in beiden Gebieten weit über dem langzeitigen Durchschnitt von -12,1 im Eurogebiet und -11,1 in der Europäischen Union. Der Index beruht auf vier Fragen an Verbraucher, jeweils bezogen auf die nächsten zwölf Monate: Zur finanziellen Situation der Haushalte, zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage, zur erwarteten Entwicklung der Arbeitslosigkeit und zum Sparverhalten.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/fcci_2018_10_en.pdf

TERMINVORSCHAU

Rat

Informelle Tagung der Verkehrsminister (29./30. Oktober 2018)

Saubere Mobilität und Nachhaltigkeit.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (29. Oktober 2018)

Reform der Bankenaufsicht.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (30. Oktober 2018)

Verordnung und Richtlinie zu Elektrizität.

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (30. Oktober 2018)

Cybersicherheitsakt (Informationen über Trilog am 23.10.); Verordnung über Kompetenzzentrum für Cybersicherheit.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (30./31. Oktober 2018)

Bewertung von Gesundheitstechnologien.

Ausschuss der Ständigen Vertreter Teil 2 (31. Oktober 2018)

Zusammenarbeit mit Japan auf dem Gebiet der Nahrungsmittel-Zusatzstoffe.

Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (6. November 2018)

Überprüfung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (Annahme des Gesetzgebungsakts).

Sonderausschuss Landwirtschaft (6. November)

Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette (Informationen des Vorsitzes über das Ergebnis des Trilogs); Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation (GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Sachstand/Gedankenaustausch).

Rat auswärtige Angelegenheiten – Handel (9. November 2018)

Laufende Handelsverhandlungen (Sachstand); Bericht der Kommission über die Umsetzung von Freihandelsabkommen (Vorstellung durch die Kommission); Handelsbeziehungen EU-USA; Verordnung über den freien Datenverkehr (Annahme des Gesetzgebungsakts).

Europäisches Parlament

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (5. November 2018)

Aufstellung des Programms „Digitales Europa“ für den Zeitraum 2021–2027 (Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme); Hochrangiges Forum für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette – Rückmeldungen der Kommission.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (5. November 2018.)

Europäische Crowdfunding-Dienstleister für Unternehmen (Annahme des Entwurfs eines Berichts); Märkte für Finanzinstrumente (Annahme des Entwurfs eines Berichts); Offenlegungspflichten im Zusammenhang mit nachhaltigen Investitionen und Tragfähigkeitsrisiken (Annahme des Entwurfs eines Berichts); Entgelte für grenzüberschreitende Zahlungen in der Union und Entgelte für Währungsumrechnungen (Annahme des Entwurfs eines Berichts).

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (5. November 2018)

Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter; Autonomes Fahren im europäischen Verkehrswesen (Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme); Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (5. November 2018)

Sammelklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher.

Ausschuss für internationalen Handel (4. November 2018)

Beschluss des Rates über den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Singapur; Beschluss des Rates über den Abschluss des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und Japan.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (8. November 2018)

Erläuterung der Studie des Wissenschaftlichen Dienstes zu dem Bericht über die Umsetzung der nachhaltigen Verwendung von Pestiziden; Umsetzung der Richtlinie 2009/128/EG über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden; Bericht über die Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport inner- und außerhalb der EU; Aussprache mit Bjorn Hansen, Exekutivdirektor der EU-Chemikalienagentur (ECHA).

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (7. November 2018)

Strategie für Chemikalien mit endokriner Wirkung.

Europäischer Gerichtshof

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-690/17 (7. November 2018)

Markenrechtlicher Schutz des ÖKO-Test Labels.

Europäischer Gericht

Urteil in der Rechtssache T-544/13 RENV (8. November 2018)

Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)